

36

82

# Union in Deutschland

Bonn, den 18. November 1982

## Die Auslandsreisen des Kanzlers

### Helmut Kohl stärkt Vertrauen in die deutsche Politik

Helmut Kohl ist sechs Wochen im Amt. In dieser Zeit hat der Bundeskanzler nicht weniger als fünf westliche Hauptstädte besucht. Seine Gespräche in Paris, Brüssel, London, Luxemburg und Washington unterstreichen, daß eine feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis das tragende Fundament unserer Außen- und Sicherheitspolitik ist.

Ohne verlässliche Partnerschaft in der Allianz können wir Frieden und Freiheit für unser Land nicht sichern. Wir brauchen Freunde in der Welt. Voraussetzung dafür sind Vertrauen und internationale Glaubwürdigkeit. Helmut Kohl hat dies bereits in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 deutlich gemacht: „Unsere Freunde und Verbündeten, aber auch unsere Partner in aller Welt sollten wissen, daß sie sich auf die Gradlinigkeit und Berechenbarkeit unserer Politik verlassen können.“

Das Reiseprogramm Helmut Kohls zeigt, daß der Kanzler hierüber nicht nur redet, sondern handelt. Kohls soeben beendeter Besuch in Washington galt

(Fortsetzung Seite 2)

## WAHLKAMPF '83

### Mit uns aus der Krise

Unter diesem Motto wird die politische Arbeit der CDU in den nächsten Wochen stehen. Heiner Geißler hat in einem Brief an alle Funktions- und Mandatsträger „zehn gute Gründe“ genannt, am 6. März 1983 Helmut Kohl und die CDU zu wählen. Der Wortlaut des Briefes erscheint als Dokumentation (grüner Teil) im UID 37/82. Eine Kurzfassung auf Seite 9/10.

### Anzeigenkampagne

Mit Beginn der kommenden Woche startet die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine bundesweite Anzeigenkampagne in allen regionalen Tageszeitungen, ausgewählten Wochenzeitungen sowie in FAZ, Welt und Bild-Zeitung. In den Anzeigen wird dem Bürger die traurige Hinterlassenschaft 13jähriger SPD-Regierung verdeutlicht.

### Flugblätter

Ende dieser Woche erhalten die Kreisverbände „Zur-Sache“-Druckvorlagen für vier Flugblätter zu den Themen

- BAFÖG
- Wohnungsbau (S. 15)
- Schulden
- Familienpolitik/Kindergeld

(Fortsetzung von Seite 1)

vor allem als Festigung der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit im Atlantischen Bündnis. Dies war um so notwendiger, als sich in den letzten zwei Jahren der Kanzlerschaft Helmut Schmidts in Washington zunehmend Irritationen und Zweifel an der Verlässlichkeit Bonns als Allianz-Partner breit machten. Schmidt wurde schließlich nicht mehr zugetraut, sich gegenüber den stärker werdenden neutralistischen und antiwestlichen Tendenzen innerhalb seiner eigenen Partei durchzusetzen. Die widersprüchliche Haltung der SPD zum Doppelbeschluß der NATO legt hierfür ein beredtes Beispiel ab.

**In dieser aktuellen Kernfrage des Atlantischen Bündnisses kann Helmut Kohl glaubwürdiger als Helmut Schmidt versichern, daß neue Raketen in begrenzter Anzahl ebenso wie in England und Italien auch auf deutschem Boden stationiert werden, wenn Moskau die Genfer Verhandlungen zum Abbau der Mittelstreckenraketen ohne Ergebnis versanden läßt.**

Im übrigen waren die militärischen Fragen des Bündnisses eher Randthema der Gespräche, die Bundeskanzler Helmut Kohl mit Präsident Reagan und führenden Repräsentanten der amerikanischen Administration führte. Zudem war dieser Fragenkomplex während des unmittelbar vorhergehenden Besuches von Verteidigungsminister Manfred Wörner in Washington im Detail und mit großer Übereinstimmung beraten worden.

Auch Wörner hatte klargestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland fest zum Doppelbeschluß der NATO stehe und für den Fall des Scheiterns der Genfer Verhandlungen ohne Wenn und Aber den hierin vorgesehenen Umfang der Nachrüstung verwirklichen werde. Kohl ergänzte in Washington, daß er das Festhalten am Vollzug der Nachrüstung für so „existenz-

wichtig“ halte, daß er damit sogar in die Bundestagswahlen vom 6. März 1983 gehe.

## Politik der Friedenserhaltung auch nach Führungswechsel in Moskau

**Durch den Tod des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew erhielten die Gespräche Helmut Kohls mit dem amerikanischen Präsidenten eine unvorhergesehene neue Dimension. Während in Moskau Bundespräsident Carstens mit dem neuen sowjetischen Parteichef Andropow konferierte, hatten Kohl und Reagan in Washington eine erste Gelegenheit, zu einer gemeinsamen Einschätzung der sowjetischen Politik nach Breschnews Tod zu kommen.**

Hierbei machte Helmut Kohl deutlich, daß er auch nach dem Führungswechsel im Kreml von einer Kontinuität sowjetischer Politik ausgehe. Mehr denn je komme es jetzt darauf an, um der globalen Friedenserhaltung willen auf die Sowjetunion zuzugehen, um die Ernsthaftigkeit unseres Willens zu wirklicher Entspannungspolitik zu unterstreichen. Wörtlich sagte der Bundeskanzler: „Es geht hier um den Frieden, es geht um die Sicherheit, es geht um unseren Frieden in Freiheit.“

Helmut Kohl machte deutlich, daß er eine Begegnung des amerikanischen Präsidenten mit dem neuen sowjetischen Parteisekretär für zweckmäßig hielte.

Schwerpunkt der Unterredungen des deutschen Bundeskanzlers mit der amerikanischen Regierung waren die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung im Rahmen einer globalen Friedenssicherung. Helmut Kohl unterstrich, daß die Po-

olitik der aktiven Friedenssicherung, zu der sich die neue Bundesregierung von ihrem ersten Tage an bekennt, die Bereitschaft zu wirklicher Entspannung in Ost und West voraussetzt. Wirkliche Entspannungspolitik und Abrüstung stünden in einem unmittelbaren Wechselverhältnis. Bereits vor seinem Abflug nach Washington erklärte der Bundeskanzler im Zweiten Deutschen Fernsehen:

## Abrüstung bleibt das entscheidende Ziel

„Wir alle sind für wirkliche Abrüstung, wenn dies weltweit und kontrolliert geschieht. Wir, die Deutschen, vor allem im freien Teil unseres Vaterlandes, sind elementar daran interessiert, daß die Verhandlungen beispielsweise in Genf seriös geführt werden, mit Nachdruck geführt werden und wenn möglich, zum Erfolg kommen. Aber das alles setzt voraus, daß man untereinander Vertrauen hat und daß man abgestimmt in diese Verhandlungen geht. Und aktive Friedens- und aktive Sicherheitspolitik heißt, daß man versucht, den Konflikt zu vermeiden, indem man sich rechtzeitig auch auf dem Wege der Verhandlungen vor Dingen schützt, die wir alle nicht wollen.“

In Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung ließ Helmut Kohl in Washington allerdings keinen Zweifel daran, daß nur solche Abrüstungsschritte als Fortschritt im Sinn einer realistischen Entspannungspolitik gelten können, die das militärische Gleichgewicht ausgewogen und nachprüfbar auf ein niedrigeres Niveau herabführen. Richtungweisend für die deutsche Politik bleibt die Aussage der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982:

**„Frieden schaffen ohne Waffen: das ist ein verständlicher Wunsch, aber eine gefährliche Illusion.“**

**Frieden schaffen nur durch Waffen: das wäre tödliche Verblendung.**

**Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: das ist die Aufgabe unserer Zeit.“**

In Washington wurde mit Genugtuung registriert, daß Bonn nunmehr überzeugend zu den Grundsätzen des Harmel-Berichts von 1967 zurückgekehrt sei, indem der Zusammenhang von Verteidigung und Entspannung wieder in den richtigen Relationen gesehen werde und die Priorität von Entspannung unter Vernachlässigung der notwendigen Verteidigungsvorbereitungen aufgehoben worden sei. In der Tat formuliert der Harmel-Bericht:

„Die kollektive Verteidigung ist ein stabilisierender Faktor in der Weltpolitik. Sie bildet die notwendige Voraussetzung für eine wirksame, auf größere Entspannung gerichtete Politik.“

Diese Aussage von 1967 gilt heute unverändert.

## Für eine gemeinsame Osthandels-Strategie

**Der in betont herzlicher Atmosphäre abgelaufene erste Besuch des Bundeskanzlers in den USA stand im Zeichen der von Präsident Reagan unmittelbar zuvor aufgehobenen Sanktionen gegen westeuropäische Firmen im Zusammenhang mit dem Erdgasröhrengeschäft mit der Sowjetunion. Vorausgegangen war eine Verständigung der beteiligten europäischen Staaten mit den USA über einen Aktionsplan für eine gemeinsame Osthandelsstrategie.**

Hierzu hatte Reagan erklärt, daß in der westlichen Allianz grundlegende Einigkeit bestehe und daß die westlichen Verbündeten beabsichtigten, strategische Überlegungen in ihren handelspolitischen Ent-

scheidungen gegenüber der Sowjetunion zu berücksichtigen.

An dieser Stelle wird erneut deutlich, daß die Stärke des westlichen Bündnisses auf dem Prinzip wirklicher Partnerschaft beruht, das eine Bevormundung durch die Führungsmacht ausschließt.

An diesen entscheidenden Unterschied zur Situation in Osteuropa, wo Moskau unangefochten Befehle erteilt und die Satelliten nur Ausführende sind, erinnerte Helmut Kohl, als er unmittelbar vor seiner Amerika-Reise erklärte, daß man wirkliche Freundschaft und Partnerschaft miteinander nur halten könne, wenn man dem Freund sage, was man denkt. „Oder, um es noch deutlicher zu sagen, wenn man miteinander und nicht übereinander spricht.“

## Enge Zusammenarbeit auch mit europäischen Partnern

**Bereits am Tag seiner Amtsübernahme hat Helmut Kohl seinen Antrittsbesuch bei Präsident Mitterrand gemacht und damit zu verstehen gegeben, welch hohen Stellenwert die neue Bundesregierung der Fortsetzung einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit beimißt. Nur einen Tag später besuchte Helmut Kohl Brüssel. Mit Reisen nach London und Luxemburg setzte der neue Bundeskanzler die Reihe seiner Spitzenbegegnungen mit den Regierungschefs der europäischen Partnerländer fort.**

Dieser außenpolitische Start Helmut Kohls ist eindrucksvoll. Internationale Partnerschaft ist für die neue Bundesregierung kein leeres Wort. Sie handelt.

## Nichts hinzugelernt

Die SPD ist nicht lernfähig oder nicht lernwillig. Sie hat offensichtlich immer noch nicht begriffen, warum sie gescheitert ist, erklärte MdB Lorenz Niegel zu dem von der SPD angekündigten Beschäftigungsprogramm.

Dreizehn Jahre hat die SPD eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben, hat geglaubt, das Paradies auf Erden könnte auf Dauer durch Hypotheken auf die Zukunft finanziert werden. Es waren aber keine endlos laufenden Hypotheken, sondern kurzfristige Wechsel, die inzwischen zu Protest gegangen sind. Das Ergebnis sind 300 Mrd. DM Schulden, und auf fast 60 Mrd. DM belief sich das Loch zwischen Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt 1983, wenn die neue Mitterrand-Koalition nicht im letzten Moment die Bremse angezogen hätte.

Jetzt plant die SPD erneut ein Beschäftigungsprogramm gegen die von ihr selbst herbeigeführte Arbeitslosigkeit. Mit massiven Steuererhöhungen für die potentiellen Investoren und für alle Familien mit Kindern will sie öffentliche Investitionen finanzieren, die sie jahrelang vernachlässigt hat. Für das deutsche Volk ist es ein Glück, daß die SPD solche Programme nur noch planen kann; immer mehr Planen entspricht schließlich der Grundeinstellung aller sozialistischer Parteien.

Die Koalition der Mitte wird dagegen die marktwirtschaftlichen Kräfte aktivieren und damit unser Land wieder aus der Krise herausführen.

## ■ BUNDESTAG

# Die Wirtschaft beleben und die Arbeitslosigkeit bekämpfen

Im Bundeshaushalt ist in den letzten Jahren ein gewaltiges und auf Dauer untragbares strukturelles Defizit entstanden. Zwischen dem nur unzureichend gebremsten Wachstum der konsumtiven Ausgaben und der Einnahmen hat sich eine besorgniserregende Schere aufgetan, die nur noch über rasch ansteigende Nettokreditaufnahme mit all ihren schädlichen Folgen für die Zinsentwicklung und die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft überbrückt werden konnte, erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in der 1. Lesung des Bundeshaushaltes 1983.

Die frühere Bundesregierung hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit Jahren immer wieder zu optimistisch eingeschätzt. Zu den Folgen gehört ein erschreckendes Auseinanderklaffen von Ansprüchen an den Staat und staatlichem Leistungsvermögen. Zweifellos wurden nach 1980 mit dem Subventionsabbaugesetz, dem zweiten Haushaltsstrukturgesetz und einigen Beschlüssen zum Haushaltsentwurf 1983 erste Konsolidierungsbeiträge geleistet. Aber die Ergebnisse blieben unzureichend. Wie drückend die immer stärker gewordene Zinslast für den Bundeshaushalt in den letzten Jahren geworden ist, zeigt sich an folgendem Vergleich:

**1970 hatte der Bund an Zinsen so viel zu zahlen wie die Ausgaben für Entwicklungshilfe: 2,3 Milliarden DM.**

**1980 hatte der Bund an Zinsen so viel**

**zu leisten wie die Ausgaben für Entwicklungshilfe, Wohnungsbau, Bildung und Wissenschaft zusammen: 14 Milliarden DM.**

**1983 muß der Bund an Zinsen so viel zahlen wie die Ausgaben für Entwicklungshilfe, Wohnungsbau, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft zusammen: 28 Milliarden DM.**

Jeder wird heute zugeben, daß es so nicht weitergehen kann.

Zunächst mußten wir für 1982 einen zweiten Nachtragshaushalt vorlegen, damit die gesetzlichen und vertraglichen Leistungen des Bundes wenigstens noch durch Kredit bezahlt werden können. Nach der neuesten Steuerschätzung fehlen uns 1982 4,4 Milliarden DM bei den Steuern. Dazu kommt der Wegfall der sogenannten Kindergeldmilliarde, die eine Ausgleichszahlung an den Bund darstellte für die Erhöhung der Kindergeldsätze aus dem Jahre 1981.

Mehrausgaben ergeben sich bei der Arbeitslosenhilfe und vor allem der Finanzierung der beiden Kernreaktoren in Kalkar und Schmehausen. Hier hatte sich unter der vorigen Bundesregierung die Praxis herausgebildet, durch Banken Bewilligungsbescheide für die kommenden Jahre vorfinanzieren zu lassen und so die Begleichung fälliger Rechnungen trotz fehlender Baransätze im Haushalt zu ermöglichen. Dieses unmögliche Verfahren kann selbstverständlich nicht fortgesetzt werden. Daher haben wir zur ordnungsgemä-

Ben Abwicklung fälliger Verpflichtungen des Bundes in den Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltes 600 Millionen DM für die Reaktorfinanzierung eingestellt.

Wie dramatisch die Lage ist, zeigt ein weiterer kurzer Zahlenvergleich. Der auf viel zu optimistischen Annahmen aufgebaute Entwurf unserer Vorgänger sah für 1983 ein Wachstum der gesamten Bundesaussgaben von 4,5 Milliarden DM und in diesem Rahmen eine Zunahme allein der Zinslasten von 4,8 Milliarden DM vor. Es fehlte also jeder finanzielle Spielraum für eine gestaltende Politik zur Belebung der Wirtschaft und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Hansheinz Hauser:

## Weg von dem Steuer- und Schuldenstaat

Zu diesen Problemen führte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld) in der Debatte u. a. folgendes aus:

Die Bundesrepublik steckt in der tiefsten Depression ihrer Nachkriegsgeschichte. Resultat: Zwei Millionen Arbeitslose. Wie konnte es dazu kommen?

Es gibt sichtbare Wegmarken dieser Fehlentwicklung. 1971 beschloß der Steuerparteitag der SPD, die „Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen“. Die „öffentliche Armut“ sollte zu Lasten des „privaten Reichtums“ beseitigt, der „öffentliche Korridor“ erweitert werden. Umfangreiche Steuererhöhungen wurden geplant. Helmut Schmidt als Vorsitzender der damaligen SPD-Langzeitkommission erhob die Forderung, den Staatsanteil im Jahre 1985 auf 45% anzuheben, eine Forderung, die wir im Orientierungsrahmen '85 der SPD wiederfinden.

Im Jahre 1981 haben wir einen Staatsanteil von fast 49%. Sozialdemokratische Fi-

nanzminister marschierten zügig weiter in die Staatsverschuldung; wer davor warnte, war ein Panikmacher.

Wenige volkswirtschaftliche Daten zeigen das Ausmaß der Krise. Von 1970 bis 1981 nahm das Bruttosozialprodukt um 128,1% zu. Das Steueraufkommen erhöhte sich um 131%, die Staatsausgaben erhöhten sich um 191,3%. Es gibt seit 1970 kein Jahr, in dem die Ausgaben des Staates nicht erheblich über den Einnahmen lagen. Zugleich stieg der Staatsanteil bei Einnahmen und Ausgaben. Die Hälfte des Bruttosozialproduktes läuft heute durch die Staatskasse und wird dort umverteilt. Die Hauptlast trifft die Lohnsteuerzahler. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen ist auf über 32% gestiegen. Die sogenannte Grenzbelastung der Arbeitnehmer, also die Abgabenleistung von jeder zusätzlich verdienten Mark, bedrückt ihn heute mit über 60%. Sie hat sich in 13 Jahren verdoppelt; ihm bleiben 40 Pfennig von der zusätzlichen Mark.

Ergiebig sprudelnde Steuerquellen und vielfache Steuererhöhungen reichten nicht aus, um die Lücken zu schließen. Das Schuldenrad wurde immer schneller gedreht. Mit Helmut Schmidt ging der Marsch in die Schulden erst richtig los. Heute muß der Bund täglich über 200 Millionen DM Kredite aufnehmen (= 77 Milliarden DM Bruttokreditaufnahme). Davon könnten pro Tag 666 Eigenheime à 300 000 DM gebaut werden.

Die SPD hat eine völlig andere Politik verfolgt. Sie hat die Unternehmen ständig stärker belastet und die Einkommen zunehmend nivelliert. Ihr Motiv war die Umverteilung, aber Umverteilung motiviert niemand zu besonderer Leistung. Aber erst Leistung erzeugt ein ausreichendes Sozialprodukt, aus dem dann verteilt werden kann, was zuvor produziert worden ist. Und deswegen muß sich Leistung wieder lohnen.

Alfred Dregger:

## Wir werden die Krise meistern

Wie werden die Deutschen mit diesem Erbe, mit dieser Krise fertig? Wie werden sie vor allem politisch darauf reagieren? Das ist eine bange Frage, die sich viele — auch außerhalb Deutschlands — stellen, erklärte der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in der Debatte.

Die große Mehrheit unseres Volkes ist nach wie vor für den Weg der Vernunft. Sie spürt, daß es so wie in den 70er Jahren nicht weitergehen kann. Sie ist mit sinnvollen, den wirtschaftlichen Aufschwung, auf den es jetzt ankommt, ermöglichenden Maßnahmen einverstanden, auch wenn sie mit Einschränkungen verbunden sein werden. Unser Volk — davon bin ich überzeugt — ist fähig und bereit, die Krise in Freiheit zu meistern.

Aber gilt das auch für seine Führungsschicht, von der es abhängt, was aus der zweiten deutschen Republik wird? Ich habe nicht den Eindruck, daß alle Politiker, alle Gewerkschaftler, alle Unternehmer, alle Publizisten sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind.

Erste Voraussetzung der Krisenbewältigung ist jedoch, ihre Ursachen zu erkennen. Wenn Gewerkschaften Protestkundgebungen, die gegen die Regierung Schmidt organisiert worden sind, ungeführt gegen die Regierung Kohl umfunktionieren, obwohl die Regierung Kohl die Krise nicht gemacht, sondern vorgefunden hat, dann ist das zumindest unangemessen.

Wenn dabei versucht wird, den Eindruck zu erwecken, die Arbeitslosigkeit, die daraus resultierende Überforderung des sozialen Netzes und die daraus folgenden Einschränkungen seien Ausdruck irgend-

eines bösen Willens und sie seien dazu bestimmt, der Umverteilung von unten nach oben zu dienen, dann ist das unglaubwürdig und unehrlich.

Norbert Blüm:

## Den Bürgern die Wahrheit sagen

Bei der ersten Inventur der Hinterlassenschaft der alten Regierung stellen sich neue schlimme Nachrichten ein, erklärte Norbert Blüm in der Debatte.

**10 Mrd. DM weniger Steuereinnahmen im kommenden Jahr als geschätzt.**

**7 Mrd. DM mehr Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit als errechnet.**

**1,4 Mrd. DM weniger Beitragseinnahmen der Rentenversicherung im 2. Halbjahr 1982 als angenommen.**

**1/2 Million mehr Arbeitslose im nächsten Jahr.**

1391 Konkursanträge und eröffnete Verlegungsverfahren im September. Das ist die höchste Zahl seit der Währungsreform.

Weniger Einnahmen, mehr Ausgaben, mehr Arbeitslose, mehr Firmenzusammenbrüche.

Das sind die neuen Nachrichten nach einer ersten Einsicht in die Bücher. Die Hinterlassenschaft ist schlimmer als bekannt. Wir sind in der Rolle eines Aufräumungskommandos, das unter Einsturzgefahr arbeiten muß. Wenn es noch einer Begründung für den Wechsel bedurft hätte, dann sind es die Tatsachen, die jetzt ans Licht kommen.

Die wirkliche Lage der Staats- und Sozialfinanzen zeigt, daß dies der Wechsel in letzter Minute war. Ohne unsere Aufräumarbeiten würde das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit 1983 13,4 Mrd. DM

betragen. Das Defizit der Nürnberger Bundesanstalt wäre dann etwa so groß, wie die gesamte Kriegsopferversorgung einschließlich Kriegsopferfürsorge heute kostet.

Ohne unsere Aufräumarbeiten wäre die Rentenversicherung schon im August/September 1983 zahlungsunfähig gewesen. Die Schwankungsreserve, die Ende 1982 noch 19,4 Mrd. DM beträgt, wäre ohne unsere zusätzlichen Maßnahmen bis Ende 1983 auf 8,8 Mrd. DM abgebaut. Das entspricht 0,9 Monatsausgaben und hätte bedeutet, daß schon einige Monate vorher die liquiden Mittel völlig aufgezehrt gewesen wären.

Die sozialpolitische Atempause ist eine Pause zur Rettung der sozialen Sicherheit. Die Rente bleibt sicher.

Die Lage ist schlimm. Aber wir antworten auf die schlimme Lage mit einem alten Hausmittel:

Die Wahrheit sagen:

Die Bürger wollen die ungeschminkte Wahrheit. Nur die ganze Wahrheit mobilisiert die Kräfte, die wir zur Überwindung der schlimmen Lage brauchen. Wer die Wahrheit auf Raten mitteilt, behandelt die Bürger wie kleine Kinder, denen man schlimme Nachrichten beibringt. Die Wähler sind erwachsen. Schönfärberei ist eine Form von Entmündigung.

Zur Wahrheit gehört: Vor uns liegt noch ein beschwerlicher Weg. Aber er führt aufwärts.

**Zur Wahrheit gehört: Die Arbeitslosigkeit ist nicht schon morgen verschwunden. Aber unser erstes Ziel ist es, die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu stoppen und dann Schritt für Schritt abzubauen.**

**Zur Wahrheit gehört, daß wir bei unseren Rechnungen von den realistischen Zahlen ausgehen. Wir ersetzen die Realität nicht durch Illusion.**

Heiner Geißler:

## **Die SPD hat keine überzeugende Antwort**

Bundesminister Heiner Geißler erklärte: Ich habe hier eine Liste von 41 Gesetzen die unter der Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten verabschiedet worden sind und die ohne jede Ausnahme Einschnitte in die Sozialgesetzgebung beinhalten: von der Einschränkung beim Übergangsgeld für Schwerbehinderte, vom Wegfall der Zuschüsse zur studentischen Krankenversicherung, von der Herabsetzung des Unterhaltsgeldes für Umschüler bis hin zur linearen Kürzung des Kindergeldes. Ich möchte Sie doch wirklich in allem Ernst fragen, auch wenn in vier Monaten die Bundestagswahl stattfindet, woher Sie eigentlich den Mut nehmen, uns in einer solchen Situation und angesichts dieser Bilanz Klassenkampf von oben nach unten, soziale Demontage und ähnliches vorzuwerfen. Wo nehmen Sie diesen Mut eigentlich her?

Sie müßten doch jetzt einmal die Frage beantworten, wie wir aus dieser schwierigen Situation herauskommen, die heute zu Recht Ihnen zugeordnet worden ist, wie Sie aus dieser Situation herauskommen wollen, wenn Sie die Regierung wieder übernehmen würden, angesichts der Konzeptionen, die Sie in dieser Debatte vorgelegt haben. Die Sozialdemokratische Partei muß doch zunächst einmal mit sich selber ins reine kommen. Sie muß dem Bürger, muß dem Arbeitnehmer einmal sagen, wie sie mit einer Politik, wie Willy Brandt, der Parteivorsitzende der SPD, sie nach der hessischen Wahl vorgezeichnet hat, nämlich mit dem Versuch, eine Mehrheit links von der Union zu bekommen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen will.



# Mit uns aus der Krise

Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem Brief an alle Funktions- und Mandatsträger der CDU den vorgezogenen Termin für die Bundestagswahlen am 6. März begründet. Er betonte dabei vor allem die außenpolitischen Gründe für eine Neuwahl des Deutschen Bundestages im März:

Die Abrüstungsverhandlungen in Genf treten jetzt in eine entscheidende Phase. Bis Herbst 1983 muß sich entscheiden, ob die Sowjetunion bereit ist, ihre Mittelstreckenraketen zu verschrotten: dann wird es eine westliche Nachrüstung nicht geben. Wenn nicht am 6. März gewählt wird, wird die Sowjetunion alles versuchen, durch eine offensive Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrheit von demokratischen Sozialisten über Alternative bis hin zur DKP gegen den Doppelbeschluß der NATO mobil zu machen. Solange die Sowjetunion eine solche Hoffnung haben kann, wird sie positiven Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht zustimmen. Eine stabile, von der Union geführte Regierung nach dem 6. März zerstört solche Spekulationen der Sowjetunion und ist infolgedessen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es in Genf zu Ergebnissen kommt.

Die CDU will Frieden schaffen mit weniger Waffen und will dafür Sorge tragen, daß der NATO-Doppelbeschluß verwirklicht wird. Dann besteht die echte Chance, daß es in Europa am Ende dieser Verhandlungen nicht mehr, sondern weniger Raketen gibt.

Der Generalsekretär der CDU nennt darüber hinaus in seinem Schreiben „zehn Gründe“, am 6. März 1983 Helmut Kohl und die CDU zu wählen:

1. Nur die CDU/CSU ist in der Lage, uns aus der schweren, von der SPD verschuldeten Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Pleiten wieder herauszuführen.
2. Helmut Schmidt ist an der inneren Zerrissenheit der SPD gescheitert. Die SPD ist nach wie vor in den wichtigen Schicksalsfragen unseres Landes uneinig.
3. Die SPD will mit den Grünen paktieren und läßt damit Arbeiter und Arbeitslose im Stich.
4. Die Regierung der Mitte hat die ersten Schritte aus der Krise getan.
5. Die Politik der neuen Regierung führt zur Belebung der Wirtschaft.
6. Die neue Regierung hat die notwendigen Belastungen gerecht und ausgewogen verteilt.
7. Die Regierung Helmut Kohl sichert die Rentenerhöhung.
8. Wir stärken die Familie.
9. Die neue Bundesregierung sichert eine gerechte Ausbildungsförderung.
10. Der Erfolg der Regierung Kohl ist Voraussetzung für einen Abrüstungserfolg in Genf.

Der Generalsekretär der CDU teilt darüber hinaus mit, daß die CDU bis zu Beginn des neuen Jahres durch eine umfassende Information der Öffentlichkeit

## ■ KPV

# Die Politik der Regierung Kohl hilft auch den Gemeinden weiter

**Der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) von CDU und CSU, MdB Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, äußerte sich vor dem Bundesvorstand und dem Hauptauschuß der KPV in München zum Thema „Aktuelle Aufgaben für die Gemeinden“. Waffenschmidt sagte unter anderem:**

**D**ie Finanzsituation der Gemeinden ist in eine äußerst kritische Lage gekommen, die meisten kommunalen Haushalte können für 1983 nicht ausgeglichen werden. Die Ursachen für diese bedrohliche finanzpolitische Entwicklung kommen in erster Linie aus der Politik der früheren Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die frühere Bundesregierung hat einen finanzpolitischen Verschiebepfad zu Lasten der kommunalen Körperschaften entwickelt. Markantes Beispiel war dafür die sogenannte Operation 1982. Im Rahmen dieser Aktion wurden zum Beispiel viele Mitbürger, die auf Hilfe angewiesen sind, beim Arbeitsamt abgemeldet und beim städtischen Sozial-

amt angemeldet. Außerdem werden die kommunalen Haushalte durch die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit in besonderem Maße belastet, weil die Steuereinnahmen zurückgehen und zugleich die sozialen Ausgaben steigen. In dieser schwierigen Situation kommt auf die Kommunalpolitiker vor Ort die Aufgabe zu, viele unpopularer Maßnahmen als Folge dieser Politik zu vertreten, zum Beispiel die Kürzung von Zuschüssen an Vereine oder die erneute Erhöhung von Gebühren und Beiträgen.

1. Die KPV begrüßt die Initiativen von Bundeskanzler Helmut Kohl für die Gemeinden. In der gegenwärtigen Situation besonders zu unterstützen sind vor allem folgende Vorhaben:

a) Die Bereitschaft der Bundesregierung, sich der Mitverantwortung für die Finanzlage aller öffentlichen Haushalte zu stellen. Damit wird einer Forderung entsprochen, die die kommunalen Spitzenverbände seit langem aufgestellt haben und die Kommunalpolitiker der Union immer wieder gegenüber der Bundesregierung angemahnt haben.

b) Die Initiativen, für die Haushalte der

die Argumente und Ziele der von der Union geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl verdeutlichen wird. Als wichtigstes Ereignis wird der Kleine Parteitag mit ca. 800 Teilnehmern am 6. Dezember 1982 im Konrad-Adenauer-Haus stattfinden. Die politische Arbeit der CDU wird unter dem Motto stehen:

### Mit uns aus der Krise

Der Wortlaut des Briefes, in dem die zehn Punkte ausführlich erläutert werden, erscheint als Dokumentation (grüner Teil) in UiD 37/82.

Länder und Gemeinden im Jahr 1983 erhebliche Verbesserungen zu erreichen.

Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen einschließlich der Mittel für die Umsatzsteuerneuverteilung über 6½ Milliarden Mark im Jahre 1983 und wird sich im Jahre 1984 auf über 8½ Milliarden Mark erhöhen.

c) Die Bereitstellung zusätzlicher Investitionsmittel für Stadtсанierung, Krankenhauserfinanzierung und regionale Wirtschaftsförderung.

d) Die Initiativen für die Überwindung der Arbeitslosigkeit und für die Wirtschaftsförderung, denn eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist auf die Dauer eine der besten Initiativen für die kommunale Finanzausstattung.

e) Die Initiativen zur sofortigen Ankerbelegung des Wohnungsbaus — hier werden dringende Aufgaben im kommunalen Bereich angepackt und zugleich die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig positiv beeinflusst.

f) Die Bildung einer Ausländerkommission der Bundesregierung unter unmittelbarer Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände zur weiteren Gestaltung der Politik im Ausländerbereich und Asylwesen.

2. Die KPV unterstützt das Bekenntnis der neuen Bundesregierung zur Subsidiarität.

3. Die KPV fordert die neue Bundesregierung auf, entsprechend ihrer Grundsatzaussagen für die kommunale Selbstverwaltung mit weiteren Initiativen den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Gemeinden zu erweitern. Insbesondere ist notwendig, daß die Fortführung der Gemeindefinanzreform von der neuen Bundesregierung weiter in Zusammenarbeit mit den Ländern verfolgt wird. Dabei geht es insbesondere darum, die Qualität der kommunalen Finanzausstattung zu verbessern. Ferner müssen alle Gesetze und

Pläne des Bundes, die die Gemeinden belasten und Aufgaben und Ausgaben auferlegen, auf den Prüfstand. Künftig muß eine konsequente Koordination von Fach- und Finanzplanung erreicht werden. Wenn den Gemeinden Aufgaben auferlegt werden, muß auch zugleich die entsprechende Finanzierung sichergestellt werden.

4. Die KPV bittet alle kommunalpolitisch Verantwortlichen, im eigenen Bereich alle Sparmöglichkeiten auszuschöpfen. Dies gilt zum Beispiel für Sparmaßnahmen bei Verwaltungsverfahren und im Energiebereich.

5. Realistische Möglichkeiten der Privatisierung öffentlicher Aufgaben sollen ohne ideologische Scheuklappen geprüft und in Angriff genommen werden.

6. Aus ideellen und auch aus wirtschaftlichen Gründen ist — gerade in den Zeiten leerer öffentlicher Kassen — die Arbeit der freien Träger, der Kirchen und sozialen Verbände nachdrücklich zu unterstützen. Es ist besser, einem freien Träger einen Zuschuß oder eine Steuerermäßigung zu geben, wenn er Aufgaben für das Allgemeinwohl erfüllt, als für immer mehr Aufgaben Behörden oder Einrichtungen der öffentlichen Hand zu schaffen.

7. Die Kommunalpolitiker der Union werden aufgefordert, Steuererhöhungen im kommunalen Bereich nach Möglichkeit zu vermeiden, da sie nicht in die konjunkturpolitische Landschaft passen. Wo sie dennoch erfolgen müssen, muß deutlich herausgestellt werden, daß es Notwehrmaßnahmen sind aufgrund der Politik des Landes und der früheren Bundesregierung zu Lasten der Gemeinden.

8. Alle noch verfügbaren Investitionsmittel der Gemeinden sollen in erster Linie für solche Investitionen eingesetzt werden, die private Investitionen fördern können. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Versorgung und Entsorgung.

## ■ INFORMATION

### 30 Millionen DM mehr für Zonenrandgebiet

Entsprechend der Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung wird der Förderung des Zonenrandgebietes künftig wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt, erklärte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm (Melsungen), Vorsitzender des Unterausschusses Zonenrandförderung.

Während in den letzten Jahren die Zonenrandförderung in die allgemeinen Haushaltskürzungen einbezogen und außerdem der Präferenzvorsprung des Zonenrandgebietes durch Sonderprogramme beeinträchtigt wurde, wird dieser negative Trend nun sichtbar korrigiert. Die 7,2 Millionen Bürger im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik Deutschland zwischen Flensburg und Passau, das rund ein Fünftel der Gesamtfläche des Bundesgebietes umfaßt, können sicher sein, daß im Rahmen des Dringlichkeitsprogramms der neuen Bundesregierung zur Schaffung neuer und zur Erhaltung bestehender Arbeitsplätze entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

### Ein Handwerkskonzept für Entwicklungsländer

In der Bundestagsdebatte zum Antrag „Förderung des Handwerks in Entwicklungsländern“ forderte der entwicklungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, MdB Winfried Pinger, die neue Bundesregierung auf, ein Handwerkskonzept, das bisher in der Entwicklungspolitik fehlte, zu schaffen und durch gezielte Projekte zu verwirklichen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat hierzu in ihrem Antrag die Grundsätze erarbeitet.

Auch wenn Minister Warnke in seinem Etat leere Kassen vorgefunden hat, können doch bereits jetzt die Weichen für neue Wege in unserer Entwicklungspolitik gestellt werden:

Mitarbeit der deutschen Handwerksorganisationen bei Handwerksprogrammen für die Dritte Welt,

gezielter Aufbau von selbstverwalteten Handwerksverbänden in den Ländern der Dritten Welt,

Aufteilung der Leistungen auf Kleinprojekte, die wirklich den armen Bevölkerungsschichten Nutzen bringen,

gezielte Unterstützung derjenigen Nichtregierungsorganisationen, die ihre Fähigkeiten bei der Handwerksförderung in den Ländern der Dritten Welt bewiesen haben.

### Kriminelle Energie der RAF ungebrochen

Zu der Festnahme der beiden gesuchten Terroristinnen Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner: Die terroristische Bewegung ist dadurch zwar geschwächt, ihre Bedrohung existiert jedoch weiter. Auch wenn der harte Kern der „RAF“ auf 15 bis 20 Mitglieder geschrumpft ist, so ist die kriminelle Energie dieser Gruppe noch ungebrochen. Dies zeigt die Serie der Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in der letzten Zeit. Die Tatsache, daß sich die beiden Terroristinnen im Rhein-Main-Gebiet aufgehalten haben, bestätigt diesen Sachverhalt.

Auch die „Revolutionären Zellen“ müssen beachtet werden, die ein großes Ausmaß von Aktivitäten und Bedrohung für die innere Sicherheit darstellen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird daher den Bundesinnenminister im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 24. November 1982 um einen Bericht bitten.

■ SPD

## Kürzung der Ministergehälter – Legende und Wirklichkeit

**Die Kürzung der Amtsgehälter der Mitglieder des Bundeskabinetts ist von der SPD mit zum Teil rüden Worten und unsachlicher Polemik kritisiert worden. Im Bundestag hatten SPD-Sprecher versucht, diese Maßnahme als reine Augenwischerei in Mißkredit zu bringen. An der SPD-Basis sind zum Teil stärkere Töne angeschlagen worden. In einem SPD-„Informationsblatt“ wird z. B. die falsche Behauptung aufgestellt, schon Helmut Schmidt habe für das Jahr 1982 die Gehälter in gleicher Höhe gekürzt.**

**H**ierzu der CDU/CSU-MdB Otto Regenspurger im Bundestag: Die Reaktion der Sozialdemokraten ist Ausdruck des schlechten Gewissens und der Enttäuschung. Die Regierung Kohl hat die 5prozentige Kürzung als erste Maßnahme beschlossen. Zu einem solchen Kraftakt war die alte Koalition in den 13 Jahren ihrer Regierung nicht in der Lage.

1. Den behaupteten Verzicht auf die Gehaltserhöhung der alten Bundesregierung gibt es nicht. Es existiert noch nicht einmal ein Gesetzentwurf, sondern lediglich ein Kabinettsbeschluß, in dem die Absicht zur Gehaltskürzung angekündigt wurde.

2. Besagter Kabinettsbeschluß sah einen Verzicht auf die 3,6prozentige Gehaltserhöhung lediglich für fünf Monate im Jahre 1982 vor. Davon ausgenommen wären gewesen die Amtsträger, wie z. B. der frühere Bundesfinanzminister Lahnstein, die nicht dem Kabinett angehörten. Die jetzt

von der Bundesregierung vorgelegte Kürzung betrifft alle Amtsinhaber in voller Höhe. Sie ist nicht auf fünf Monate begrenzt, sondern gilt für die Dauer von 26 Monaten, nämlich vom 1. November 1982 bis zum 31. Dezember 1984.

3. Die von dieser Bundesregierung beschlossenen Einsparungen stehen in keinem Vergleich zu dem von der alten Bundesregierung lediglich angekündigten Verzicht. Durch die 5-Prozent-Kürzung werden insgesamt 790 000 DM eingespart. Dem stehen lediglich 111 000 DM Einsparungen nach den Vorstellungen der alten Bundesregierung gegenüber. Auch bei den einzelnen Amtsträgern ergibt dies augenscheinliche und gravierende Unterschiede. Ich nenne drei Beispiele:

— Bundeskanzler Schmidt hätte für die Dauer von fünf Monaten auf 691 DM im Monat verzichten müssen. Das wären insgesamt 4 150 DM weniger gewesen. Bundeskanzler Helmut Kohl muß demgegenüber monatlich auf 995 DM und für den gesamten Zeitraum auf insgesamt 28 848 DM verzichten. Die Bundesminister der alten Koalition hätten monatlich auf 595 DM bzw. insgesamt auf 3 530 DM verzichten müssen. Die sich jetzt im Amt befindlichen Bundesminister müssen monatlich auf 796 DM und insgesamt auf 22 280 DM verzichten. Ein Parlamentarischer Staatssekretär der alten Regierung hatte monatlich 457 DM und insgesamt 2 700 DM weniger. Die jetzigen Parlamentarischen Staatssekretäre müssen eine Kürzung von monatlich 597 DM und insgesamt 16 700 DM hinnehmen.

# ARGUMENTE aus dem UID

## Das Ende der SPD/FDP-Koalition

An der Regierungsunfähigkeit der SPD ist die Koalition zerbrochen / Reden von Rainer Barzel und Heiner Geißler vor der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler / Das Ende der Schlagzeilen: Das Volk gibt keinen Pfifferling mehr für diese Koalition (UID 29/82, Seite 2—6 und 11—13)

## Koalitionsgespräche

Wortlaut: Ergebnisse der Koalitionsgespräche / Erläuterung zum Koalitionspapier: Tragfähige Grundlagen für einen neuen Anfang (UID 29/82, Beilagen gelb und blau)

## Erblast

Ein trauriges Erbe (UID 30/82, grüner Teil) / Schmidt sollte lieber schweigen / Diese Milliarden fehlen jetzt / „Dolchstoßlegende“ ist widerlegt (UID 32/82, S. 9—11)

## Regierungserklärung

Wortlaut der Regierungserklärung (UID 31/82, weißer Teil) / Musterrede: Für eine Politik der Erneuerung (UID 32/82, grüner Teil) / Debatte im Bundestag: Programm der Konzentration / Weichen zur Erneuerung gestellt / Beiträge von Alfred Dregger, Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm (UID 32/82, S. 5—8) / Neue Impulse für Länder und Gemeinden (UID 33/82, grüner Teil) / Außen- und Deutschlandpolitik: Unsere Glaubwürdigkeit muß erneuert werden (UID 34/82, grüner Teil)

## Neuwahlen

Am 6. März wird gewählt / Erklärung des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag (UID 32/82, S. 1—4) / Nach Schmidts Verzicht — Klare Alternative am 6. März: Koalition der Mitte unter Führung der CDU oder rot-grüne Koalition der SPD (Heiner Geißler UID 32/82 S. 1—3) / Helmut Kohl mit aller Kraft unterstützen (Peter Radunski, UID 31/82 S. 9 u. 10)

## SPD-Kanzlerkandidat

Hans-Jochen Vogel verkörpert den kritischen Zustand der SPD (Heiner Geißler, UID 34/82, S. 10 u. 11)

## Bundshaushalt 1983

Wortlaut der Beschlüsse des Bundeskabinetts (UID 34/82, S. 2—7)

## Erläuterungen zum Bundshaushalt 1983

Die Regierung Kohl handelt: Das Sofortprogramm zur Ankurbelung des Wohnungsbaus — Neuregelung der Ausbildungsförderung/BAFÖG (UID 35/82, grüner Teil) / Die Regierung Kohl handelt: Sicherung des sozialen Netzes (UID 36/82, grüner Teil)

Diese Reihe wird fortgesetzt: Nächste Themen: Familienpolitik / Kindergeld — Staatsschulden / Mehrwertsteuer / Gewerbesteuer / Investitionsanleihe / Beiträge von Gerhard Stoltenberg, Alfred Dregger, Norbert Blüm, Hansheinz Hauser, Heiner Geißler (UID 36/82) Klassenkampf mit Primitivparolen — die tatsächlichen Belastungen der Bürger (UID 35/82, S. 3 u. 4) / Schlechte Arbeitsmarktlage zeigt die Versäumnisse der Regierung Schmidt (UID 35/82, S. 5 u. 6) / Stichwort: Lohnerhöhungspause (UID 34/82, S. 15)

# Zur Sache:

## Wohnungsbau schafft Arbeitsplätze!

Das Sofortprogramm der Regierung Helmut Kohl schafft in den nächsten beiden Jahren zwischen 70.000 und 100.000 neue Wohnungen. Damit werden 140.000 bis 200.000 Arbeitsplätze in der Bauindustrie gesichert. Zudem wird der Zusammenbruch weiterer Unternehmen in der Bauindustrie gestoppt.

### Wie wird das finanziert?

Um dieses Programm zu finanzieren, wird von Ledigen ab 50.000 Mark und von Verheirateten ab 100.000 Mark Jahreseinkommen eine unverzinsliche Investitionsanleihe erhoben. Die Besserverdienenden bringen so 2,5 Milliarden Mark auf, die als Förderungsmittel allen Bürgern zur Verfügung stehen.

### Punkt für Punkt: das Sofortprogramm für den Wohnungsbau.

● Steuerersparnis pro Monat bis zu 300 Mark durch die Abzugsmöglichkeit der Schuldzinsen (bis 10.000 Mark) bei neu erstellten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen. Und zwar bei Fertigstellung für jeweils 3 Jahre.

Beispiel: Ein Facharbeiter hat einen Steuersatz von 35 Prozent. Dann bringt ihm diese Steuerentlastung im Jahr runde 3.500 Mark. Also Monat für Monat etwa 290 Mark.

● In Ballungsgebieten wird der soziale Mietwohnungsbau gefördert. Mit einer Milliarde Mark.

● Auch das Eigentum im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus wird gefördert. Umfang: eine Milliarde Mark.

● Außerdem: Zinsersparnis für Bausparer von mehr als 200 Mark pro Monat. Dadurch können Bausparer, die wegen der teuren Kredite bisher nicht gebaut haben, sich eher ein Eigenheim leisten: Auf eine Kreditsumme bis zu 80.000 Mark und 15.000 Mark zusätzlich für jedes Kind zahlen sie künftig einen um 2,5 Prozent niedrigeren Zinssatz.

Beispiel: Eine Familie hat 2 Kinder und schöpft ihr Kreditvolumen voll aus. Dann beträgt ihre Entlastung 2.750 Mark im Jahr.

● Die Mittel für die Stadtsanierung werden erhöht: um 60 Millionen Mark auf 280 Millionen Mark.

Dieses Sofortprogramm der Regierung Helmut Kohl kurbelt die Bauindustrie wieder an und rettet weitere Firmen vor dem Zusammenbruch. Darüber hinaus werden viele Arbeitsplätze - zum Beispiel in der Möbel-, Textil- und Haushaltsindustrie - gesichert.

**CDU**  
// sicher  
sozial  
und frei

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ZITATE

### Friedensfähig – was denn sonst?

*Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist  
friedfertig im ganzen Land?*

*Willy Brandt orakelte: Die Politik der  
CDU/CSU würde „zu einem Risiko für die  
innere und äußere Sicherheit in unserem  
Land“; Herbert Wehner malte schwarz:  
„Die Politik der Unionsparteien ist nicht  
friedensfähig.“*

*Gestern aber sprachen innerhalb weniger  
Stunden Carstens und Genscher in Mos-  
kau mit dem neuen Kreml-Herrn Andro-  
pow, Kohl in Washington mit Präsident  
Reagan. Empfangen die Mächtigsten der  
Erde drei Friedensfeinde? Andropow und  
Reagan sehen das offenbar anders. Sie  
sehen einfach, was Tatsache ist: Die drei  
Deutschen sind verlässliche Politiker, die  
den Frieden bewahren wollen. Alles ande-  
re ist glatte Propaganda. Bild, 16. 11. 1982*

*Kohl hat gestern betont, daß sich die Bun-  
desbürger mit überwältigender Mehrheit  
zur deutsch-amerikanischen Freundschaft  
und damit zu einem Bündnispartner be-  
kennen, der mit einer ansehnlichen Streit-  
macht ihre Sicherheit und darüber hinaus  
den Frieden in Mitteleuropa garantiert. Er  
hat versichert, daß sich die Amerikaner  
auf ihre deutschen Freunde verlassen  
könnten. Und er hat hinzugefügt, daß die  
Bundesrepublik „sehr entschieden“ zum  
NATO-Doppelbeschluß des Jahres 1979  
stehe.*

*Das ist ein Wort! Kohl wird wissen, warum  
er es in den USA gesagt hat — so und  
nicht anders, obwohl er sehr genau er-  
kannt hat, welche Belastungsprobe nach  
einem denkbaren Wahlsieg im März näch-  
sten Jahres auf ihn zukommen könnte.  
Das ist kein Spiel mit dem Feuer. Solche  
Festigkeit wird am ehesten dazu geeigne-  
t sein, den zähflüssigen amerikanisch-  
sowjetischen Abrüstungsverhandlungen  
doch noch zu einem Erfolg zu verhelfen.*

*Rheinische Post, 16. 11. 1982*

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-1.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).  
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VA-Druck, Düsseldorf.

# UiD